

Kandidaten im Netz

HAMBURG, 4. August. Demokratie im Internet: Vor der Bundestagswahl gibt es erstmals die Möglichkeit, mit den Direktkandidaten aller Parteien an einer Art virtuellem Küchentisch zu diskutieren. Möglich wird das durch eine Idee des 1988 in Bonn gegründeten Vereins „Mehr Demokratie“. Dessen Hamburger Ableger hat bereits gute Erfahrungen mit einer solchen Form der Diskussion gemacht. Die Hamburger Seite heißt „abgeordnetenwatch.de“. Seit Dezember vergangenen Jahres können die Wähler via Internet mit den Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft diskutieren. Wie beliebt „abgeordnetenwatch.de“ ist, läßt sich daran erkennen, daß etwa sechshundert Nutzer pro Tag die Seite aufrufen.

Nunmehr gibt es eine solche Seite auch für die Bundestagswahl. Sie heißt „kandidatenwatch.de“ und ist in zwei Teile unterteilt, wobei beide dann auch wieder verknüpft werden können. Zum einen kann der Internetnutzer jeweils die Urfassungen der Programme aller bislang im Bundestag vertretenen Parteien lesen, also von SPD, CDU, Grünen, FDP und der Linkspartei.PDS. Zum anderen findet er alle Direktkandidaten vorgestellt. Seine eigenen findet er schnell, wenn er die Postleitzahl seines Heimatortes eingibt. In den 299 Wahlkreisen der Bundesrepublik sind bislang 1055 Direktkandidaten nominiert. Die Zahl ändert sich noch, denn erst am 24. August müssen alle Kandidaten endgültig benannt sein.

Bei „kandidatenwatch.de“ sind alle Direktkandidaten mit jenen Pflichtangaben vertreten, die sie ohnehin dem Wahlleiter machen müssen. Wenn ein Kandidat mehr will, also ein Foto oder weitere Angaben über sich und seine Ziele, muss er sich mit 100 Euro beteiligen. Der FDP-Direktkandidat Konrad Schily aus Nordrhein-Westfalen, Gründungspräsident der Wittener Universität und Bruder des Bundesinnenministers, etwa hat das schon getan – wie ein Dutzend anderer Kandidaten auch. Der Verein ist sich sicher, daß mehr hinzukommen, wenn die Seite erst regelmäßig genutzt wird. Das Geld der Direktkandidaten soll „kandidatenwatch.de“ mitfinanzieren, das insgesamt etwa 20.000 Euro kosten soll. Zum Teil finanziert der Verein sein Vorhaben auch aus Spenden. „kandidatenwatch.de“ wird durch den Verein ständig kontrolliert. Jede Frage, aber auch jede Antwort wird gelesen. Beschimpfungen werden nicht freigeschaltet, auch keine Äußerungen, die mit dem Grundgesetz nicht übereinstimmen, und keine Fragen nach dem Privatleben der Kandidaten. Was erlaubt ist und was nicht, dafür hat der Verein einen Fairness-Kodex aufgestellt. Bei der schon bestehenden Seite „abgeordnetenwatch.de“ hat es bislang nur vereinzelt Fragen in dieser Art gegeben und wurde noch nie die Antwort eines Abgeordneten nicht freigeschaltet. Ob die Direktkandidaten auf die Fragen im Internet antworten, ist ihre Sache. Aber, so meint der Verein, warum sollte jemand, der bekannt werden will, nicht antworten? So läßt sich etwa mit der Kanzlerkandidatin der Union diskutieren. Nicht jedoch mit dem Kanzler. Schröder ist zwar SPD-Spitzenkandidat in Niedersachsen, hat aber keinen eigenen Wahlkreis. Ist das nicht eine Einschränkung von „kandidatenwatch.de“? Der Verein gibt die Frage zurück: „Ist es demokratisch, Listen der Parteien zu haben, auf die der Wähler keinen Einfluß nehmen kann?“ (F.P.)